

I.

Wenn ein aktiver Politiker über politische Repräsentation spricht und das Wort Krise im Titel steht, dann liegt der Verdacht nahe, eine Verteidigungsrede stehe auf dem Programm.

Eine Rede, die die Schuld bei den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen oder bei den Medien sucht und am Ende auch noch die Globalisierung zur Ablenkung von der eigenen Verantwortung anführt.

Ich will diesen Verdacht nur zur Hälfte zerstreuen, denn ich werde relativ viel über die Menschen sprechen, die gerade nicht Politiker sind. Dabei werde ich auf die gesellschaftlichen Ursachen eines sinkenden Politikinteresses eingehen, ich will die Rolle der Medien nicht ignorieren und auch das Wort Globalisierung wird ab und an auftauchen.

Aber - und das ist die andere Hälfte:

Ich stehe auch zur eigenen Verantwortung, zur Verantwortung der politischen Funktionsträger, der herausgehobenen Repräsentanten unseres politischen Systems und der Parteien.

II.

An den Beginn meiner Ausführungen will ich gewissermaßen auch gleich deren Ergebnis stellen:

Wir haben eine Krise der politischen Repräsentation,
eine Krise der Repräsentanten,
aber nicht minder eine Krise der Repräsentierten.

Sinkende Wahlbeteiligungen, schrumpfende Parteien und ein offensichtlicher Ansehensverlust der politischen Klasse: Das sind die Symptome, die die Krise der politischen Repräsentation ausmachen.

Lassen Sie mich ein Beispiel bringen:

Vor wenigen Monaten ist eine Umfrage veröffentlicht worden. Die Frage war: „Wie beliebt sind Berufsgruppen“ (1). Für unser Thema war damit eine eindeutige Aussage verbunden: Die Berufsgruppe, die die rote Laterne unter allen Berufsgruppen trägt, was gesellschaftliche Akzeptanz angeht, sind die Politikerinnen und Politiker.

Mit der sozialen Akzeptanz ist es nicht weit her. Die Parteien, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, erfahren diese Entwicklung gleich doppelt: Nicht nur Wählerinnen und Wähler laufen ihnen davon, auch die Mitgliederzahlen sind seit Jahren rückläufig.

Ein Problem, das in erster Linie die beiden großen Volksparteien betrifft. Ich zögere beim Stichwort „Volksparteien“, denn die Berechtigung dieses Wortes dürfte immer kleiner werden. SPD und CDU liegen heute mit weniger als 600.000 Mitgliedern etwa gleichauf.

Die SPD konnte sich 1998 bundesweit noch auf 755.000 Mitglieder stützen. Die CDU Hannover hatte vor kurzem ihre Mitgliederzahlen veröffentlicht und dabei darauf hingewiesen, dass die Hälfte der CDU-Mitglieder in Hannover bereits über 60 Jahre alt sei und ein Drittel sogar über 70. Nachwuchs wiederum scheint kaum in Sichtweite zu sein.

Ich denke, keine Partei in Deutschland befindet sich derzeit in einer Situation, die einen sorgenfreien Blick in die Mitgliederdatei erlaubt.

Etwas mehr als eineinhalb Millionen Menschen haben sich einer politischen Partei angeschlossen. Wahrlich keine überragende Zahl in einem 80-Millionen-Volk. Das heißt, 2 % der Bevölkerung sind bereit, sich dauerhaft und im Sinne einer Gesamtverantwortung politisch zu engagieren. 98 % der Bevölkerung sind dazu nicht bereit, nehmen aber durchaus das Recht auf Kritik gern in Anspruch.

Es ist eine frappierende Gegenüberstellung: 2 % zu 98 %. Das macht sicherlich deutlich, warum man nicht nur über die Krise der Repräsentanten, sondern auch über die Krise der Repräsentierten nachdenken muss.

Aus meiner Sicht verzeichnen wir nicht nur einen Trend „weg von den Parteien“, sondern auch ein weiter nachlassendes Politikinteresse in weiten Teilen der Bevölkerung. Darüber kann auch ein Zulauf bei den als „soziale Bewegungen“ sich selbst bezeichnenden Gruppierungen nicht hinwegtäuschen. Selbst die immense Medienpräsenz vor und beim G 8-Gipfel in Heiligendamm hat die Mitgliederzahl von *Attac* nicht explodieren lassen, und die Zahl der Demonstranten in Rostock blieb deutlich hinter den Erwartungen ihrer Organisatoren zurück.

Ich sage dies deswegen, weil man viele gute Kritikpunkte gegen das etablierte System der Parteiendemokratie anführen kann. Aber objektiv betrachtet sehe ich keine Alternative in Deutschland zu dieser Parteiendemokratie. Es gilt noch immer das, was Winston Churchill sinngemäß einmal über die Demokratie insgesamt gesagt hat, *dass es sich um ein nachweislich schlechtes Regierungssystem handele, das man scharf kritisieren müsse, aber immer noch das Beste, das er kenne.*

Und so scheint es mir auch mit den Parteien zu sein. Eine richtige Alternative vermag ich derzeit nicht zu erkennen.

Übrigens ist die These, dass das Interesse an Politik in den vergangenen Jahren in unserer Gesellschaft deutlich gesunken ist, auch in den anderen europäischen Ländern erkennbar. Wir hatten - als Beispiel - bei der letzten Kommunalwahl in Hannover eine beschämende Wahlbeteiligung von 42 %.

In unserer Partnerstadt Bristol - mag es eine gute oder schlechte Nachricht sein - betrug die Wahlbeteiligung auch 42 %!

In unserer französischen Partnerstadt Rouen ist es ähnlich. Es gibt zugegebenermaßen

andere Beispiele, wie bei der Präsidentenwahl in Frankreich, die gekennzeichnet war von einer überwältigenden Wahlbeteiligung; aber schon die Parlamentswahlen wenige Wochen danach haben wieder zu einer Normalisierung - im negativen Sinne - geführt.

Wir haben es augenscheinlich nicht nur mit einem nationalen Trend in Deutschland zu tun oder gar einem lokalen Trend in einer Stadt. Es ist ein verbreitetes Phänomen in vielen europäischen Staaten.

Mit der Reduzierung des Interesses, wenn es sich über die Wahlbeteiligung ausdrückt, geht nachweislich auch ein Verlust an Wissen einher.

Die These, wir lebten in einer Wissensgesellschaft, lässt sich im politischen Kontext immer seltener aufrechterhalten.

Der Dresdener Politologe Werner Patzelt spricht von einer „politischen Entfremdung mangels Wissen“. Er unterlegt dies mit einem provokanten Vergleich:

Bürger informieren sich beim Kauf eines MP 3-Players für 50 € stundenlang über Vor- und Nachteile eines Gerätes. Keine drei Minuten dächten sie jedoch über die Frage nach, ob es gut oder schlecht sei, wenn die Türkei der Europäischen Union beitrifft. (2)

Dies klingt sehr zugespitzt, aber ich glaube, es stimmt. Viele Menschen bringen nicht mehr das Interesse auf, das für die eigene Bearbeitung komplexer politischer Themen nun einmal notwendig ist. Man tut sicherlich mit dieser pauschalen Behauptung und Bewertung vielen Menschen in unserem Land unrecht, aber vielen anderen nun einmal nicht.

Wenn Sie in Ihrem Bekanntenkreis fragen, dann werden Sie vielleicht dieselbe Erfahrung machen wie ich, dass man überraschend viele Menschen trifft, die gebildet, intelligent und sympathisch sind, jedoch schlichtweg sagen: *„Politik interessiert mich nicht!“*

Auch die wachsende Wahlabstinenz spricht eine deutliche Sprache: Wolfgang Thierse hatte die Wahlbeteiligung von 20,1 % beim zweiten Wahlgang der Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt im Frühjahr dieses Jahres mit der Einschätzung kommentiert:

„Es ist auch Desinteresse, Faulheit und der fehlende Glaube, dass man mit seiner Wählerstimme etwas erreichen kann.“

Wenn wir zu einem Land der Wahlverweigerer werden, wie die Berliner TAGESZEITUNG jüngst titelte, dann kann durchaus schon von einer ernsten Gefährdung der Demokratie gesprochen werden.

Das hängt in zunehmendem Maße auch mit fehlender Grundkenntnis unseres politischen Systems zusammen. Wenn ich etwas nicht verstehe, dann wird es mir schwer fallen, mich dafür zu interessieren. Wenn man in früheren Generationen noch davon ausgehen durfte, dass in Familien eine politische Sozialisation erfahren wurde, dann ist dies heutzutage häufig nicht der Fall. Ein politisches Grundinteresse ist in gewachsenen sozialen Strukturen ganz sicher leichter erreichbar, als in Zeiten der Individualisierung und der schwindenden gesellschaftlichen Bindung.

Deswegen glaube ich, dass die Frage der politischen Bildung eine wichtigere Rolle spielen muss. Denn wenn die politische Sozialisation zurzeit nicht mehr in Familien,

Kirchengemeinden oder wo und in welcher Weise auch immer erfolgt, dann muss man sich fragen: Wo kann sie denn erfahren werden? Der naheliegendste Gedanke ist für mich die Schule.

Ich habe in einem langen, intensiven Kommunalwahlkampf immer wieder die Erfahrung gemacht, dass an unseren Schulen teilweise nicht einmal mehr Grundkenntnisse unseres politischen Systems vermittelt werden.

Das möchte ich nicht in erster Linie den jungen Menschen vorwerfen, sondern ich betrachte es als ein Problem unseres Bildungssystems. Ich stelle auch fest, dass eine Reihe von Schulen außerordentlich erfolgreich ist in der Definition von Projekten, wie sie jungen Menschen Wirtschaft nahe bringen. Ich wäre der Letzte, der etwas dagegen einzuwenden hätte. Dass es aber Projekte gibt, die den jungen Menschen Politik und das System unseres Landes nahe bringen, vermag ich in dieser Intensität nicht zu erkennen.

Es ist eine unglaublich wichtige Aufgabe, junge Menschen für Politik zu interessieren, ein demokratisches Bewusstsein zu fördern und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken. Hier sind Pädagoginnen und Pädagogen gefordert, aber natürlich auch der Staat, der diesen Sektor offensichtlich mehr und mehr aus dem Blick verloren hat. Ich weiß, dass Pädagogen an dieser Stelle typischerweise darauf aufmerksam machen, was denn von ihnen noch alles erwartet wird - und ich kann das gut nachvollziehen. Aber es geht um eine Kernaufgabe, im Hinblick auf die demokratische Zukunft unserer Gesellschaft.

Ich habe auf die relativ geringe Zahl von Parteimitgliedern in Deutschland hingewiesen: 2 % der Bevölkerung sind in Parteien organisiert. Die Lage verschärft sich noch, wenn man sich fragt, wer bereit ist, sich konkret um Mandate zu bewerben, für Mandate zu kämpfen und sich der Gefahr öffentlicher Kritik auszusetzen. Umfragen zufolge - meine persönlichen Erfahrungen bestätigen dies - sind nur höchstens 30 % der Parteimitglieder bereit, auch ein politisches Mandat anzustreben. Der Anteil derjenigen, die bereit sind, als Politiker auch nach außen aufzutreten, sinkt damit auf etwa 0,5 % unserer Bevölkerung. Das macht es nicht besser, denn für eine demokratisch-repräsentative Vorauswahl, für die Rekrutierung geeigneter Personen für politische Ämter, ist das deutlich zu wenig.

Wenn wir zunehmend weniger Wettbewerb haben, dann darf man nicht erwarten, dass die Qualität besser wird. Im Gegenteil, man darf erwarten, dass die Qualität sinkt. Lassen Sie mich dafür ein Beispiel nennen:

Die Handwerkskammer Hannover hat im Frühjahr 2007 eine Studie über die Zusammensetzung der im letzten September gewählten kommunalen Gremien veröffentlicht. Darin wird deutlich, dass man von dem Ziel einer angemessenen Repräsentanz der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen in Räten und Kreistagen weit entfernt ist. So findet man unter den 305 Kreistagsabgeordneten im Kammerbezirk Hannover nur 18 Handwerkerinnen und Handwerker. Im Rat der Landeshauptstadt sind von 65 Ratsmitgliedern vier Handwerker.

Die Repräsentanz des Handwerks in den kommunalen Gremien in unseren Städten und Landkreisen entspricht in keiner Weise der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges.

Die mangelnde Repräsentanz könnten wir nicht nur auf viele Wirtschaftszweige und

Berufsgruppen ausdehnen, sondern sie gilt auch für eine wachsende Bevölkerungsgruppe, die von unseren Parlamenten fast gar nicht erreicht wird.

Wir haben nämlich mittlerweile 18 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Die Mehrheit der Menschen mit Migrationshintergrund sind Deutsche. Sie haben das aktive und passive Wahlrecht. In den jüngeren Jahrgängen stellt diese Bevölkerungsgruppe in den Ballungsräumen bald die Hälfte der Einwohnerschaft. Um auch dies wieder mit einem konkreten Beispiel zu belegen: Wenn wir uns die Neugeborenenzahlen in Hannover ansehen, dann sind heute schon mehr als 40 % solche, die einen Migrationshintergrund haben.

Wir sind ein Einwanderungsland, das ist unsere gesellschaftliche Realität. Aber zu dieser Realität gehört auch, dass in unsere Parteien, die kommunalen Gremien und die Parlamente diese Einwanderer - bisher jedenfalls - nicht in einem nennenswerten Umfang gekommen sind.

Und auch das vermindert die Qualität von Politik: Wenn ein großer Ausschnitt der Gesellschaft schlichtweg daran nicht teilnimmt, dann kann die Repräsentanz zwangsläufig nicht das ganz Spektrum der Repräsentierten mit vertreten. Man redet dann vielleicht über Dinge, von denen man weiß, dass es sie gibt, aber die man nicht unmittelbar verkörpert. Wo liegen die Ursachen für diese allgemeinen Rekrutierungsprobleme der Parteien?

Meiner Einschätzung nach sind diese Probleme gespeist ebenso sehr von Desinteresse und Desintegration weiter Bevölkerungskreise. Nicht minder wichtig ist der sehr bewusste Rückzug potenzieller Funktionsträger.

Es ist schon immer in der Geschichte der Politik so gewesen, dass Menschen mit einem besonderen Bildungshintergrund besonders geeignet waren für Repräsentanz. Ich spreche über Menschen aus der Wirtschaft genauso wie über Gewerkschaftssekretäre oder Kulturschaffende. Gerade bei solchen Gruppen ist ein Rückzug ins Private, der von parteipolitischem Engagement genauso fern hält wie von sozialen und karitativen Aktivitäten, zu konstatieren.

Nicht immer ist die Globalisierung schuld. In zweierlei Hinsicht sollte das Stichwort *Globalisierung* gleichwohl fallen:

Zum einen fragen sich auch und gerade viele etablierte und gut gebildete Menschen, was sie unter den Rahmenbedingungen einer internationalisierten Ökonomie in einer politischen Funktion denn überhaupt noch gestalten können.

In den letzten 10 bis 15 Jahren hat die Bedeutung der europäischen Politik, die Bedeutung von Brüssel, deutlich zugenommen. Umgekehrt proportional sind damit die Gestaltungsräume der nationalen Politik, der Landespolitik und übrigens auch der Kommunalpolitik gesunken.

Wesentliche Entscheidungen für den Zustand eines Gemeinwesens fallen darüber hinaus nicht in den zuständigen Parlamenten, sondern mindestens genauso wichtig sind strategische Entscheidungen großer international agierender Unternehmen.

Zum anderen kosten auch die im weitesten Sinne der Globalisierung geschuldete Mobilität und Anpassungsleistungen im Beruf so viel Kraft, dass es allemal wichtiger erscheint, die knapp bemessene Freizeit eher für die Stärkung individueller Fitness zu verplanen als für Sitzungen eines Parteigremiums. Das ist nachvollziehbar, wenn man sich viele extrem gestresste Menschen anschaut. Es ist glaubwürdig, wenn diese Menschen sagen: „Natürlich interessiere ich mich für Politik - aber ich kann nicht mehr! Ich muss sehen, wie ich meine beruflichen und familiären Verpflichtungen halbwegs erfüllen kann“.

Dazu kommt, dass die Konkurrenz zur politischen Betätigung drastisch gewachsen ist, nämlich in Form eines unglaublich bunten und vielfältigen Freizeitangebotes. Fast jeder Punkt auf unserem Globus ist nicht nur auf einem Bildschirm, sondern für vergleichsweise wenig Geld auch ganz real erreichbar.

An die Stelle von ortsbezogenen sozialen Bindungen treten virtuelle Netzwerke, deren Angehörige hier wie dort, vor allem aber an ständig wechselnden Orten nicht nur sein können, sondern sind.

Bei allen Vorteilen, die das unzweifelhaft für den Einzelnen mit sich bringt: Ein Forschungsprojekt oder wirtschaftliches Handeln generell lassen sich vielleicht in dieser Weise per Notebook organisieren. Aber es fällt schwer, eine Partei bisheriger Prägung mit ihren Diskussionen, ihrer Kandidatenauswahl und ihrer Mitwirkung am politischen Gestaltungsprozess eines lokalen, regionalen oder doch sogar nationalen Bezugsraums in hierzu passender Weise aufzustellen.

Politische Parteien, wie wir sie kennen, sind eben auch auf unmittelbare Diskussionen angewiesen. Virtuelle Parteien sich vorzustellen, fällt jedenfalls mir ausgesprochen schwer, und ich weiß auch nicht, ob sie erstrebenswert sind.

Es hat, wie ich glaube, einen objektiven Grund, wenn – quer durch alle Parteien – unter den Funktionsträgern der Anteil derjenigen wächst, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. Weniger stark den unmittelbaren Auswirkungen der Globalisierung ausgesetzt, und vor allem aber nicht regelmäßig Ortsveränderungen unterworfen, können sie Wurzeln schlagen. Einer der Mitbegründer der politischen Soziologie, Max Weber, hat darüber hinaus schon vor Jahrzehnten darauf aufmerksam gemacht, dass für Politiker eine weitere Eigenschaft essentiell ist: die Abkömmlichkeit. In dem Maße, wie dies nicht möglich ist, fällt es ausgesprochen schwer, sich persönlich langfristig in einem politischen Prozess zu engagieren. (3)

Das gilt vor allem auch für Lokalpolitiker, bei denen wir voraussetzen, dass sie eine gewisse Gebundenheit an ihren Ort mitbringen, wenn sie denn das örtliche Gemeinwesen repräsentieren sollen.

Vertreter moderner Eliten haben hier in meinen Augen ein objektives Zugangsproblem, manchmal sogar dann, wenn sie dem öffentlichen Dienst angehören.

Zusammengefasst kann festgestellt werden:

Wir haben Rekrutierungsprobleme bei politischen Parteien, die unterschiedliche gesellschaftliche Ursachen haben. Es spricht vieles dafür, dass die klassische Karriere, also

die berühmte „Ochsentour“ immer weniger das Bild von Politikerinnen und Politikern prägen wird.

Ein Beispiel: Ein Spitzenbeamter aus der niedersächsischen Staatskanzlei wird erst Chef des Bundeskanzleramts und schließlich Außenminister, um sich aus dieser Funktion heraus – erstmalig – um ein Bundestagsmandat in Brandenburg zu bewerben.

Die Betrachtung der Karriere von Frank Walter Steinmeier liegt quer zu dem, was uns normal erscheint, wenn wir uns über Parteiendemokratie Gedanken machen. Ich kann mir vorstellen, dass solche Beispiele Schule machen werden, insbesondere dann, wenn man herausragende Leute gewinnen will.

Will eine Partei jedenfalls auch heutzutage noch derartige Menschen für Ämter gewinnen, so wird sie sich an solche oder ähnliche Biografien gewöhnen müssen.

III.

Das war aus der Sicht eines Politikers der Kritikteil. Bis hierhin war es mein Bestreben, deutlich zu machen, dass es objektive Gründe gibt, warum die Parteien so sind, wie sie sind.

Anders ausgedrückt:

Jede Gesellschaft produziert ihre Politiker selbst.

Oder, provokant ausgedrückt:

Jede Gesellschaft hat die Politiker, die sie verdient.

Kommen wir zur Selbstkritik. Zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme gehört - vor allem mit Blick auf die Wählerwirkung - nämlich auch, dass das abnehmende Interesse an politischer Partizipation nicht nur an den Rahmenbedingungen liegt, sondern eben auch daran, wie sich die Parteien selbst präsentieren.

Ich denke dabei nicht an die kleinen und großen Skandale, die den Politikbetrieb immer mal wieder durchrütteln. Ich denke vielmehr daran, wie Parteien bzw. ihre Vertreter sich nahezu täglich selbst der Wahlbevölkerung zeigen.

Es geht mir um das Wechselspiel von politischen Funktionsträgern und Medien.

Natürlich gab es immer schon Politik in Hinterzimmern, existierten Kungelrunden und Flügeltreffen, Strippenzieher und Königsmacher, mächtige und ohnmächtige Politiker.

Über viele Jahrzehnte hinweg gab es neben dieser Hinterzimmerpolitik aber immer auch eine offene Diskussion, programmatischen Streit auf Parteitagen, leidenschaftliche parlamentarische Debatten mit manchmal großer Öffentlichkeitswirkung.

Wenn ich mich nicht täusche, sind solche Auseinandersetzungen selten geworden, und ich meine, über die möglichen Ursachen lohnt es sich zu reden.

Die Medien – und damit will ich keine Schelte betreiben, sondern objektive Umstände beschreiben – sind in der jüngeren Vergangenheit genauso unter einen wachsenden Wettbewerbsdruck geraten wie andere Branchen.

Zeiten, in denen es lediglich drei Fernsehprogramme gab, scheinen heutzutage unvorstellbar weit weg und sind doch erst runde 20 Jahre her.

Egal, ob Fernsehen, Radio, Print- oder Online-Medien: Das Tempo hat sich um ein Vielfaches beschleunigt, der wirtschaftliche Druck um ein Vielfaches erhöht.

Im Kampf um Auflagen und Quoten kommt es naturgemäß darauf an, schneller als andere an wichtige Informationen heran zu kommen und diese möglichst rasch und spektakulär zu präsentieren.

Der „Spiegel“-Autor Dirk Kurbjuweit beschreibt diesen Prozess in einem Essay im September 2006 wie folgt: Es seien – Zitat – *„Die Journalisten, die in ihren Artikeln und Sendungen dazu neigen, Sätze und Szenen des politischen Betriebs zu hysterisieren und damit das Geschehen zu dramatisieren. In der Zuspitzung liegt allemal die bessere Überschrift und der knackigere Artikel.“* (4)

Eine solche Erkenntnis bleibt natürlich nicht ohne Rückwirkung auf Politiker. Oder anders gesprochen: Eine solche Anforderung formt einen ganz bestimmten Politikertypus.

Nach meiner Wahrnehmung „prämiert“ die moderne Mediengesellschaft weder programmatische Diskurse noch die zugehörigen Politiker. Jedes halbwegs intelligente Lebewesen pflegt sich u. a. danach zu orientieren, welches Verhalten belohnt wird und welches Verhalten bestraft wird. Bei allem, was man sonst über Politiker sagen kann - zu den halbwegs intelligenten Wesen zählen wir allemal.

Am programmatischen Diskurs geschulte und entsprechend intellektuelle Köpfe haben die Parteien folgerichtig in den letzten Jahren auch selten hervorgebracht. Von Interesse ist für den Medienbetrieb längst nicht mehr das möglichst langwierige, viele Menschen einbeziehende Ringen um die richtige Entscheidung.

Gewünscht und benötigt werden vielmehr möglichst rasche, klar verständliche und gut transportierbare Entscheidungen; gefragt sind „Macher-Typen“ mit der Fähigkeit zur Zuspitzung.

Der langjährige Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“, Richard Meng, hat schon vor Jahren in seinem bei Suhrkamp erschienenen Buch „Der Medienkanzler“ beschrieben, wie sehr dieses Anforderungsprofil z.B. den Politikstil von Gerhard Schröder geprägt hat.

Oder anderes Land, anderes politisches Lager: Der Aufstieg des neuen französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy scheint einem ähnlichen Muster gefolgt zu sein.

Losgelöst von Personen steht für mich fest, dass für die Medien heutzutage fundierte programmatische Debatten so ziemlich das Letzte sind, was berichtenswert erscheint.

Oder mit Franz Walter gesprochen:

„Und weil das alles so ist, haben Programme auch bei den Parteieliten keinen großen

Stellenwert mehr. (5)

Für den Werteverlust der Parteiprogramme ist natürlich vor allem auch die mangelhafte Unterscheidbarkeit der Programme verantwortlich.

Wir probieren es einmal mit einem kleinen Quiz: Im Programmentwurf welcher Partei findet man zum Beispiel folgenden Satz: *„Wir fühlen uns den Schwachen und sozial Benachteiligten besonders verpflichtet. Niemand darf verloren gehen, keiner darf vergessen werden.“* Handelt es sich a) um den Programmentwurf der SPD, b) der Grünen oder c) der CDU? In diesem Fall habe ich den Programmentwurf der CDU zitiert. Aber zweifelsfrei könnte der Satz auch im Programmentwurf der SPD oder der Grünen stehen. Die inhaltliche Beliebigkeit leistet ihren Beitrag zur Auflösung der Parteienbindung.

Machtpolitisch mag die Vernachlässigung inhaltlicher Diskurse richtig sein, denn es wird medial nicht belohnt. Werden Programme indes in dieser Form vernachlässigt bzw. mit Blick auf die öffentliche Wirkung angeglichen, dann entkernen sich die Parteien und bringen sich so um ihre Substanz.

Übrig bleibt ein zänkisches Gerangel, bei dem durchsichtig allein aus taktischen Gründen und um der schnellen Schlagzeile willen z.B. CDU-Politiker versuchen, klassische SPD-Positionen zu besetzen, oder umgekehrt.

Ich fürchte, bei dieser Form der Auseinandersetzung unterschätzt man viele Wählerinnen und Wähler, die sehr wohl durchschauen oder zumindest spüren, dass es kaum noch um den Wettstreit von Ideen auf der Basis solider Überzeugungen geht, sondern um einen weitgehend leeren Zank.

Um noch einmal Franz Walter zu zitieren:

„An die Stelle der Programme haben die Parteien Gags gesetzt, statt stabiler Identitäten haben sie kurzlebige Images gewählt, statt Orientierung versuchen sie es mit Marketing, statt selbstbewusst zu führen, lassen sie sich von Spindoktoren inszenieren.“(6)

Bei allem Verständnis für die Erfordernisse einer Mediengesellschaft: Ich glaube, das trägt nicht auf Dauer und in Zukunft.

IV.

Nunmehr sind eine Reihe von Fehlentwicklungen hinreichend beschrieben und Sie fragen sich vielleicht mit Tucholsky: Wo bleibt das Positive? Wo ist die Perspektive?

Damit sind wir auch schon wieder bei einem Problem gelandet. Denn typischerweise wird von Politikern nicht nur erwartet, dass sie ein Problem gut analysieren und definieren, sondern sie sollen auch die Lösung mitliefern - am besten eine Patentlösung. Um es offen zu sagen - und das wird Sie nach dieser entschuldigenden Vorrede nicht mehr überraschen: Ich habe derartiges nicht. Was ich zu der verhängnisvollen Frage „wie können wir das ändern?“ anzubieten hätte, das sind drei Handlungsfelder, drei Ansätze, die jeweils mit dem Wort „mehr“ beginnen.

Das erste Stichwort ist: Mehr politische Bildung.

Das halte ich für ein zentrales Feld, weil wir politische Bildung über das Fernsehen nur sehr schwer transportieren können. Auch wenn die Printmedien viel besser wären als sie tatsächlich sind, muss man feststellen, dass immer weniger Menschen sich mittels Printmedien informieren.

Wenn es stimmt, dass die politische Sozialisation eben nicht - oder abnehmend - in Familien stattfindet, welche Instanz bleibt dann, um politische Bildung zu vermitteln? Ich sehe keine Alternative zum öffentlichen Bildungssystem und zwar in allen seinen Ausprägungen. Es geht also nicht nur um schulische Aktivitäten, auch wenn ganz sicher ein Schwerpunkt bei jungen Menschen liegen muss. Politische Bildung erschöpft sich darin aber nicht, und die Abschaffung einer Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen vor wenigen Jahren war in diesem Lichte ganz sicher ein schwerer Fehler.

Das zweite „Mehr“ betrifft die Forderung nach mehr Politikern. Das demokratische System beruht auf Menschen, die bereit sind, sich dieser Aufgabe zu stellen. Eine Aufgabe, die nicht davon gekennzeichnet ist, dass einem ständig auf die Schultern geklopft wird. Eine Aufgabe, die auch nicht besonders gut honoriert wird. Wenn Sie sich anschauen, wie viel Geld ein Ratsmitglied in Hannover erhält, das 25 Stunden die Woche unterwegs ist, wenn es seine Aufgabe ernst nimmt, dann ist Raffgier keine Motivation, sich im Kommunalparlament zu engagieren.

So könnte ich fortfahren mit Faktoren, die alle zunächst einmal gegen aktives politisches Engagement sprechen. Aber wem die Zukunft dieses Gemeinwesens wichtig ist, der muss sich auch die Frage stellen, was er persönlich dazu beiträgt. Ein Appell an die persönliche Verantwortung mag etwas altbacken klingen, aber ich glaube, es geht nicht ohne eben diese Verantwortung.

Es gibt keine Demokratie ohne Demokraten. Eine Demokratie kann nicht stattfinden, wenn Menschen nicht bereit sind, diese unglaubliche Chance, die mit der Übernahme von Verantwortung verbunden ist, auch zu nutzen und sich selbst zur Verfügung zu stellen. Ich bin ganz sicher, dass sich viele Kritikpunkte am politischen System relativieren würden, wenn nicht 2 %, sondern 20 % der Bevölkerung bereit wären, sich zu bekennen, und wenn nicht 0,5 %, sondern 5 % der Bevölkerung bereit wären, auch ganz persönlich Verantwortung zu übernehmen.

Dabei geht es übrigens nicht nur um diejenigen Teile der Bevölkerung, die sich diese Frage stellen und bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Dass diejenigen, die politisches Engagement für sich für die richtige Entscheidung halten, keinen Respekt ernten, sondern eher das Gegenteil, ist meines Erachtens völlig inakzeptabel. Es ist schon beachtlich, mit welcher Arroganz solche Menschen teilweise von Leuten behandelt werden, die für sich aber überhaupt nicht in Betracht ziehen, einen Beitrag im Sinne der Gesamtverantwortung zu übernehmen.

Und schließlich muss die Bereitschaft zu politischem Engagement gefördert und darf nicht behindert werden. Wer in einem Wirtschaftsunternehmen arbeitet und gleichzeitig bereit ist, in seiner Freizeit Politik zu machen, sollte dies in seiner Personalakte als ausgesprochenes Plus verzeichnet haben - und nicht unter der Rubrik „hat offensichtlich noch andere Schwerpunkte als den Job“.

Es gibt für die Entwicklung unserer Gesellschaft auch eine Verantwortung derjenigen, die

sich - zu recht oder zu unrecht - für Eliten halten. Gerade diese Kreise haben aus meiner Sicht auch die Verantwortung, dafür Anreize zu schaffen und andere zu ermutigen, sich zu engagieren.

Und letztlich brauchen wir mehr Politik. Der Schlüssel zu einer größeren Partizipation, zu einem wieder wachsenden Interesse an Parteien, an Wahlen und am demokratischen Entscheidungsprozess, ist keine möglichst perfekte Inszenierung, sondern ist die Repolitisierung der Parteien selbst, ist das Politikangebot und damit irgendwann auch das Angebot an Politikern.

Es braucht mehr echte Überzeugungen statt ausgeklügelter Images, es braucht wieder programmatische Substanz statt Marketing. Kurzum: Es braucht wieder mehr Politik. Und es braucht, gerade unter den Bedingungen des modernen Medienbetriebs, eine gewisse Ausdauer und Ernsthaftigkeit, dieses durchzuhalten.

„Die Politik bedeutet ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“. Dieses Zitat von Max Weber aus seinem berühmten Vortrag 1919 zum Beruf der Politik darf natürlich nicht fehlen. Dieses Postulat gilt meiner Meinung nach auch heute noch, denn letztlich werden nur diejenigen Politiker Respekt finden, die nicht um alles in der Welt gefallen, sondern die vor allem überzeugen wollen.

-
1. Die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) mit Sitz in Nürnberg hat Anfang 2007 16.000 Menschen in der Europäischen Union zum Ansehen verschiedener Berufsgruppen befragt.
 2. „Warum einfach, wenn's auch kompliziert geht“. Bürger verstehen Politiker nicht mehr. In: Brand eins. Ausg. 9/2007
 3. Weber, Max: Politik als Beruf (urspr. 1919) Stuttgart 1992
 4. Kurbjuweit, Dirk: Die vernebelte Republik. Spiegel Online, 26. September 2006
 5. Walter, Franz: Die deutschen Parteien: Entkernt, ermattet, ziellos. Aus Politik und Zeitgeschichte 2001
 6. Walter, Franz: ebenda